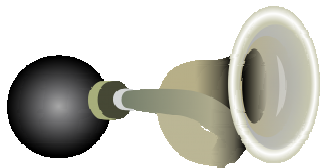


Völker, höret die (verheerenden) Signale!

Publiziert am 10. November 2018 von Wilfried Müller auf www.wissenbloggt.de



Am 10./11. Dezember 2018 wird eine Unterschrift geleistet, die Deutschlands Zukunft erheblich beeinträchtigen kann. In diesem Artikel geht es speziell um den UN-Migrationspakt¹, auch wenn von Euro-, PPP- und Migrationspolitik die Rede ist. Ein Alarm muss ausgerufen werden (Bild: Clker-Free-Vector-Images, pixabay).

Dazu zwingen schon die verdächtigen Umstände, unter denen der Vertrag zustandekommen soll. Ein paar Wochen vor Vertragsunterzeichnung war die Öffentlichkeit noch nicht darüber informiert. Bis dahin gab es noch keine Debatte im Bundestag zu diesem Jahrhundert-Thema. Wie auch Kanzlerin Merkels Grenzöffnung nicht zum Gegenstand parlamentarischer Debatte wurde, hoffte man wohl auch in diesem Fall, das Ganze möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit ins Werk zu setzen. **Wie schon 2015 sollten wir wohl vor vollendete Tatsachen gestellt werden.**

Deutschland gehört zu den maßgeblichen Urhebern des UN-Migrationspakts², die Bundesregierung wusste also genau bescheid. Das sieht man auch an der Grundstimmung, die Migration als grundsätzlich positives, förderungswürdiges und unvermeidbares Phänomen darstellt. Es wird so gut wie gar nicht hinterfragt, ob Migration überhaupt sein muss, und wie sie vermieden werden kann. Dazu reicht dem Papier ein Satz, der gleich im nächsten Satz relativiert wird. Und dann geht es praktisch nur noch um die Rechte aller Arten von Migranten.

Doch diese Rechte werden bloß "unverbindlich" erwähnt, der Vertrag gilt als "soft law". Aber er heißt Pakt, und ein Pakt ist ein Vertrag, eine Verpflichtung. Der Text ist auch voll der Formulierung "Wir verpflichten uns". Es soll sogar die Einhaltung kontrolliert werden. Die UNO richtet ein "Überprüfungsforum Internationale Migration" ein, wie der Pakt das nennt. Ab 2022 soll das Überprüfungsforum die Staaten alle vier Jahre kontrollieren, ob sie den Inhalt des Paktes umsetzen.

Entsprechendes sagt die migrationspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen³: "Wir Grüne sehen den Global Compact als einen wichtigen Schritt, um Menschenrechte zu gewährleisten und Migration politisch zu gestalten. Mit der Unterzeichnung allein ist es jedoch noch nicht getan. Die Bundesregierung muss anschließend sofort mit der Umsetzung beginnen, da nur so die Rechte von Migrantinnen und Migranten sichergestellt werden können."

Das hört sich nicht besonders verbindlich an. Wenn das mit dem Unverbindlichen ernstgemeint ist, warum werden dann nicht die Formulierungen entschärft, z.B. statt "Verpflichtung" nur "Empfehlung"? Aber was heißt schon *soft law*, das kann sich im Nullkommanix zum Gewohnheitsrecht⁴ entwickeln und dadurch völkerrechtlichen Status erhalten.

Hier soll zunächst gecheckt werden, in wieweit man sich auf solche unverbindlichen Aussagen verlassen kann, ehe es an die inhaltliche Würdigung des Paktes geht. Ist das Unverbindliche glaubwürdig? Kann der Pakt also bedenkenlos unterzeichnet werden, und ist auch keine Diskussion vonnöten? Oder muss man davon ausgehen, dass der Bürger auch hier wieder getäuscht werden soll? Dazu zwei Beispiele:

Verheerendes Signal I

An dieser Stelle kommt ein kleiner Einschub Euro-Politik: Kann man ihren Versprechen vertrauen? Im Maastricht-Vertrag⁵ steht ja noch die No-bailout-Klausel, d.h., jedes Land steht selbst für seine Schulden ein. Dieser

¹ https://refugeemigrants.un.org/sites/default/files/180711_final_draft_0.pdf - (UN 11.7.): Mehrmals kommt vor "regardless of their migration status" und "with necessary support at all stages of migration", Vielfach "we commit". Außerdem: "International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, Convention on the Rights of the Child, ..." und <http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf> - Pakt hat das Ziel, die nachteiligen Triebkräfte und strukturellen Faktoren zu minimieren, die Menschen daran hindern, in ihren Herkunftsländern eine nachhaltige Existenzgrundlage aufzubauen und aufrechtzuerhalten, und die sie dazu veranlassen, anderswo nach einer besseren Zukunft zu suchen. Aber im Widerspruch dazu: Er beabsichtigt, die Risiken und prekären Situationen, denen Migranten in verschiedenen Phasen der Migration ausgesetzt sind, zu mindern, indem ihre Menschenrechte geachtet, geschützt und gewährleistet werden und ihnen Fürsorge und Unterstützung zukommen.

² <https://deutsch.rt.com/international/73427-un-beschliesst-abkommen-zur-foerderung-migration-kritiker-rassismus/> - Die deutsche Bundesregierung hat bei der Ausarbeitung dieses Abkommens eine maßgebliche Rolle gespielt. Sie hat gemeinsam mit Marokko noch bis Ende 2018 den Vorsitz im Global Forum on Migration and Development (GFMD) inne.

³ <https://www.filiz-polat.de/presse/meldung/polat-migrationspakt-umsetzen-und-menschenrechte-staerken.html> - (Pressemeldung Nr. 95 vom 01.11.2018): "... Die Bundesregierung muss anschließend sofort mit der Umsetzung beginnen, da nur so die Rechte von Migrantinnen und Migranten sichergestellt werden können. Die Staaten Europas und hier insbesondere Deutschland sind in der Pflicht mit gutem Beispiel voranzugehen, denn Menschenrechte müssen für alle Menschen gelten – egal wo, egal wann und egal für wen, auch im Transit, auch in Bewegung."

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker_gewohnheitsrecht

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Maastricht

Vertrag wurde allerdings massiv gebrochen, und jetzt kennt die Euro-Politik nichts anderes mehr als noch mehr *bail out* für alles (Europäische Arbeitslosenversicherung, Bankenunion ...) Das Versprechen wurde also nicht gehalten, der Vertrag wurde gebrochen. Abgesehen davon, dass es Betrug an denen ist, die gutgläubig zugestimmt haben, ist diese Aufgabe der Rechtllichkeit ein verheerendes Signal:

Der ökonomische Zwang zum guten Wirtschaften wird ersetzt durch politische Willkür (mit entsprechender Wichtiguerei der Handelnden), durch organisierte Verantwortungslosigkeit (warum gut wirtschaften, wenn einem andere die Lasten abnehmen?) und hochwohlmögliche Rhetorik (zur Ablenkung).

Verantwortungslosigkeit, die nicht bestraft, sondern belohnt wird, ist wahrhaftig ein verheerendes Signal. Sie ist geradezu eine Aufforderung, sich weiterhin verantwortungslos zu verhalten. Die praktische Erfahrung mit Griechenland und Italien hat erwiesen, wie schwer es ist, dem süßen Gift des wohlfeilen Schuldenmachens zu widerstehen – und die Eurozone produziert immer mehr von dieser Verlockung. Ein Lerneffekt wurde nicht sichtbar. Die Euro-Politik hat offenbar kein Problem, denselben Fehler mehrmals zu machen.

Wenn die Euro-Politiker vor der Wahl gesagt hätten: *Ihr zahlt nicht für die Schulden der anderen, außer natürlich bei jeder Gelegenheit, die sich ergibt, und später machen wir gar nix anderes mehr als euer Geld umzuverteilen und jede Menge organisierte Verantwortungslosigkeit zu schaffen; und wenn wir damit schlechte Erfahrungen machen, dann noch mehr davon ...* Für Volksparteien, die sowas sagen, hätte es keine 10% gegeben.

Verheerendes Signal II

Die Unternehmen und Bauwerke im öffentlichen Besitz werden seit Jahren per PPP⁶ an Privat verramscht, Gas- und Wasserwerke, Millionen von Sozialwohnungen und sogar die Autobahnen (wb-Link⁷ Autobahn). Im Bundestag wurde munter gelogen, bis die SPD ihre Zustimmung zur passenden Grundgesetzänderung gab, und nun wird trotzdem privatisiert.

Das verheerende Signal ist diesmal, dass Investoren sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern dürfen, und dass dazu Versprechen und soziale Verpflichtungen nach Belieben zerpulvert werden.

Wenn sie vor der Wahl gesagt hätten: *Wir machen Ausverkauf, weil wir den Etat für die nächsten 3-4 Jahre schon ausgegeben haben* (2 Billionen Staatsschuld entsprechen 3-4 Jahren), *weil wir unterderhand nochmal Zahlungsverpflichtungen in Billionenhöhe eingegangen sind für Pensionen usw., ohne dass Rücklagen dafür gebildet wurden* (Gemeinde, Land, Bund und sogar EU), *weil wir Zins und Tilgung für zig Milliarden aufbringen müssen, die wir beim Bankencrash usw. verbrannt haben, weil wir die Infrastruktur ohne notwendige Instandhaltung haben herunterkommen lassen. Wer hat noch nicht? Wer will nochmal?* Eine Volkspartei, die so ehrlich gewesen wäre hätte keine 10% bekommen.

Verheerendes Signal III

Diese Beispiele zeigen, wie die Restglaubwürdigkeit gegen Null strebt, und zwar auf allen Gebieten. Bei der Migrationspolitik selbstverständlich auch. Um es klar zu sagen, die Unverbindlichkeit des UN-Pakts ist nicht mal annähernd glaubhaft. Dieselben Kreise, die jetzt so sehr auf die "Unverbindlichkeit" abheben, werden garantiert jedesmal auf die Verpflichtung verweisen, wenn es darum geht, ihre No-border-Politik durchzusetzen.

2015 galt die Grenzöffnung als "Ausnahmeregelung", die keinen gehobenen Diskussionsbedarf mit sich brachte (wb-Link⁸ Verlogenheit). Wo sie nun zur Normalität geworden ist, wurde sie immer noch nicht offiziell diskutiert. Was nun passiert, ist, dass sie per UN-Pakt praktisch festgeschrieben wird – und wieder ohne offizielle Diskussion.

Es geht hier nicht um ein Versehen und nicht um ein spontanes Werk. Was der UN-Pakt zeigt, ist deutsche Wertarbeit mit System dahinter, eine geplante Inszenierung. Die Willkommenspolitik ist also nicht einfach nur Merkelwinke-winke, sondern durch den UN-Migrationspakt wird jetzt quasi eine offizielle Aufforderung draus, herzukommen und den Kontrollverlust zu institutionalisieren – wieder ein verheerendes Signal.

Wenn sie vor der Wahl gesagt hätten: *Wir bereiten gerade einen Pakt vor, der allen Menschen der Welt erlaubt herzukommen und hier volle Sozialleistungen zu beziehen, ganz egal aus welchem Grund sie kommen – und ob wir sie überhaupt brauchen können, spielt sowieso keine Rolle ...* Wieder keine 10% für so eine Volkspartei. Man könnte auch kurz sagen:

Der UN-Migrationspakt ist ein permanentes 2015.

Inhalte

Damit ist die Diskussion um die Inhalte des Pakts eröffnet. Die erste Verteidigungslinie ist geschleift ("unverbindlich"); die nächsten auch gleich. Da geht es zunächst um die Aussage zum Pakt, er würde weniger Migration schaffen.

Der Pakt schafft die illegale Einwanderung ab, indem er alles legalisiert: Alle aus der Welt dürfen zu uns kommen und werden bei unseren Sozialsystemen genauso behandelt wie die Einheimischen. Solche Augenwischerei wird tatsächlich als "weniger Migration" argumentativ vertreten. Aber es geht noch anders:

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private_Partnerschaft

⁷ <http://www.wissenbloggt.de/?p=49705#wb>

⁸ <http://www.wissenbloggt.de/?p=49705#wb>

Die Befürworter sprechen von einem Leitprinzip des Pakts, Migration zu reduzieren. Der einzige Passus in dieser Richtung ist der Satz, man solle helfen, in den Herkunftsländern eine nachhaltige Existenzgrundlage aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Worum es dann wirklich lang und breit geht, das sind die Wohltaten, die den Migranten zu erweisen sind. Und es widerspricht sich noch mehr.

Der Text postuliert, dass "Migration als Quelle von Wohlstand und Innovation" zu sehen sei – warum sollte der Pakt dann zu einer Reduzierung von Migration führen? Für die Migrationskandidaten wird ja die Fata Morgana einer Win-Win-Situation aufgebaut: Sie entkommen der Not im Herkunftsland und tun zugleich einem anderen Land etwas Gutes. Sie kriegen irgendwann natürlich mit, dass die Voraussetzungen bei der Immigration von Unqualifizierten in Hi-Tec-Länder nicht stimmen, zumal wenn die Roboter bald übernehmen, aber wen schert das, wenn das Sozialsystem zur Verfügung steht?

Das macht den Pakt nicht nur zur Einladung, sondern zu einer Aufforderung, schnellstens zu migrieren. Damit sind die zweite und dritte Verteidigungslinie für den konkreten Fall auch geschleift ("weniger Migration" und "beiderseitiger Nutzen").

Rechte vs. Pflichten

Schwere Bedenken gibt es wegen der Schieflage bei Rechten und Pflichten. Ausnahmslos jeder Migrant soll Anspruch auf sofortige Sozialleistungen haben, auf medizinische Betreuung, auf schnelle Familienzusammenführung, auf sofortige anwaltliche Hilfe usw., unverzüglich und ohne abgeschlossene Feststellung seines Status'.

In Kombination mit der Aufhebung aller Grenzen ist damit die Überlastung der Ressourcen programmiert – das geht gar nicht. *Die Bevölkerung wird nicht gefragt, aber sie soll untragbare Lasten schultern.* Und das noch für Leute, denen selber kaum etwas abverlangt wird außer dem Fahrgeld.

Der Pakt enthält keinen Pieps zu Pflichten wie Geburtenkontrolle oder Ablegen der archaischen, rechtsradikalen, frauenfeindlichen Kultur. Dabei verurteilt er alle Formen der Diskriminierung z.B. von Frauen, aber das gilt anscheinend nur für die Einheimischen und nicht für die Migranten selber.

Der Pakt erwähnt keine Pflicht zur Angabe von zutreffenden Daten wie Name, Herkunft und Bildung, keine Forderung, die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Gastlandes zu befolgen und keine Parallelgesellschaften zu gründen. Er formuliert keine Verpflichtung, erst alle Anstrengungen zum Aufbau der Heimat zu unternehmen, und erst wenn die gescheitert sind, als letzte Möglichkeit wegzuziehen.

Auch an die Regierungen der Herkunftsländer ergeht kein Appell zu good governance oder Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung. Mit diesen maximalen Pflichten für die Zielstaaten und minimalen Pflichten für Herkunftsstaaten und Migranten wird wieder ein verheerendes Signal gesetzt. Das erweckt den fatalen Eindruck, als sollten Europa und speziell Deutschland (und um diese Ziele geht es) den afrikanischen und arabischen youth bulge aufnehmen.

Der Pakt fördert die Illusion, jeder habe das Recht, aus einer elenden in eine luxuriöse Lebensform überzusiedeln und sei selber nicht verantwortlich dafür, wie das zu realisieren sei. Damit werden Erwartungen geweckt, die uneinlösbar sind – und das ist gefährlich, weil Enttäuschungen unvermeidlich sind und sich die Frustration der Enttäuschten irgendwie entladen muss.

EU-Gedankengut

Welch fatales Gedankengut da kursiert, zeigen ein paar Einblicke in Papiere der EU. Einmal sieht man, wie das EU-Parlament expressis verbis die *Umsiedlung* in die EU plant, mit Referenzschlüssel für die Länder und einem "ständigen und automatisierten Umsiedlungsmechanismus, ohne Schwellenwerte"

Dann ein älteres Papier der EU-Kommission, das die Aufnahmefähigkeit der EU-Länder nach verschiedenen Szenarien berechnet. Am dicksten kommt es im abgebildeten Fall: Deutschland hat demnach 82 Millionen und kann 275 Millionen beherbergen. Die ganze EU hat 495 Millionen und kann 3,833 Milliarden beherbergen. Damit man sieht, dass das kein Fake ist, ein Bildausschnitt anbei:

Table 12: Density distribution at threshold of 1000

	Total area EU-27 (km2)	Population EU-27 (1.1.2008 Eurostat)	Density	Population capacity calculated at density threshold	Adjusted: positive capacities only	Density distribution
Germany	356,854	82,314,906	230.67	274,539,094	274,539,094	7.2%
EU-27	4,328,973	495,270,075	114.41	3,833,702,925	3,833,794,735	100.0%

Also ein paar hundert Millionen passen immer noch rein, die warten nur drauf, dass man sie verplant – das sieht ganz wie die Grundlage aus, auf der der UN-Pakt beruht. Das Demokratieverständnis entspricht jedenfalls genau dem Pakt: Was die Betroffenen wollen, spielt überhaupt keine Rolle.

Was die Grünen und die SPD⁹ zum Pakt zu sagen haben, wirkt im Lichte dessen nicht besonders beruhigend. Denn dort ist die Welt mit dem Pakt in Ordnung, als ob man selber das "Wir schaffen das!" erfunden hätte. Dort ist man von keinen Zweifeln angekränkt und hätte sicher auch Argumente für diese EU-Planspiele ("sind ja unverbindlich"). Doch wozu argumentieren? Das läuft doch alles klandestin im Hintergrund nach dem Motto: Erst intransparent ad hoc die Fakten schaffen, und die Folgen tragen die Kinder.

Notorische Lügner

Wer an Wahlversprechen glaubt, zieht zurecht den Spott der anderen auf sich. Die aufgeführten Beispiele bei *Verheerendes Signal I-III* sind als Wahlbetrug formuliert, weil verschwiegen wurde, was tatsächlich in Absicht stand. Eigentlich sind solcherlei "Wahl"-Versprechen jetzt permanent, sie werden ja auch zwischen den Wahlen abgegeben – und dann genauso gebrochen.

Man hat es mit notorischen Lügner zu tun, wie hier belegt wurde: Die Behauptung "unverbindlich" ist Augenwischerei, "weniger Migration" stimmt aller Logik nach nicht. Und "beiderseitiger Nutzen"? Angesichts der Lage in der EU und in Deutschland ist diese Behauptung unglaublich ignorant.

Betrug herrscht nicht nur bei den wahlartigen Versprechen, sondern auch bei der Zielrichtung des Pakts: Damit wird das Recht auf Migration durch die Hintertür einführt. Damit werden unsere Errungenschaften weltweit kostenlos feilgeboten, was einer Enteignung gleichkommt. Solche Mausecheleien machen die Demokratie kaputt.

Was der UN-Pakt fabriziert, ist der Aufruf zur Umsiedlung, und das ist eine Völkerwanderung in der falschen Richtung (vom großen, rohstoffreichen Afrika und überbevölkerte, ausgelutschte Europa). Was der Pakt nicht macht, ist eine Lösung der Probleme. Statt Flucht und Migration besser zu organisieren, sollte die Bekämpfung der Fluchtursachen besser organisiert werden. Bei Licht besehen, ist der Pakt ein *Dokument des Scheiterns*, eine *Bankrotterklärung*: Die Politiker können wie so oft nicht die Ursachen bereinigen, sie können nur an den Symptomen herumdoktern.

Vergeudung

Besonders schlimm ist noch, dass nicht mal ein Gewinn an Humanität erzielt wird. Selbstausgewählte Privilegierte zu päppeln ist eine Pervertierung der echten Nothilfe für alle Bedürftigen, vor allem für die, welche zuhause bleiben. Die meisten, denen mit dem Pakt geholfen werden soll, sind in zweifacher Hinsicht hier falsch:

- Vom Humanitären her sind sie bessergestellte Glückssucher (rent seekers) statt der wirklich Armen.
- Vom Nutzen sind sie auch falsch, denn sie erreichen hier das Minimum ihrer Nützlichkeit, sie werden nicht gebraucht, sie können oft kaum zu Hilfsarbeiten ertüchtigt werden.

D.h. man vergeudet Zeit und Aufwand und Geld, und das in einer Situation, wo das alles knapp ist. Den Menschen in Not wäre mit Hilfe vor Ort besser geholfen. Und was Deutschland tatsächlich nutzen würde, wäre eine Immigration auf dem Niveau der ca. 100.000 Auswandernden pro Jahr. Warum nicht diese Leute fördern, damit sie hierbleiben?

Darunter sind 70%, die unsere Exzellenz darstellen, und die hat Deutschland wirklich nötig. Da herrschen falsche Vorstellungen: *Egal wer kommt, könnte hier die Jobs übernehmen, das integriere sich schon irgendwie, und das Geld rolle von allein an*. Nein, das Geld muss mühsam in Konkurrenz zu anderen Anbietern mit viel Exzellenz verdient werden. Das verstehen viele Politiker nicht, die nur gelernt haben, Geld auszugeben, und nicht, es auf internationalen Märkten zu verdienen.

Medien

Wovon noch nicht die Rede war, das ist der mediale Begleiteffekt. Da geht es um die erwünschte und erzwungene Berichterstattung – der Passus des Pakts wurde in der endgültigen Version entschärft. Dort geht es jetzt um Berichterstattung über den "positiven Beitrag der sicheren, geordneten und regelmäßigen Migration, basierend auf Fakten."

Tja, und wenn die Fakten gegenteilig sind, wie jetzt in Deutschland und der EU? Das Paper impliziert, das gibt's gar nicht, und behauptet, dass die UN-Forscher den besten Wissensstand in der Richtung hätten. Aber warum schreiben sie dann so ein blau- und einäugiges Geschwurbel zusammen? Die tun so, als gäbe es nur ihre Version der Wahrheit, und alle Andersdenkenden wären Lügner – oder Dumms, die es nicht begreifen.

Dass eine grenzenlose Zuwanderung die Sprengkraft zur Spaltung ganzer Gesellschaften hat, verstehen die Verfasser des Pakts offensichtlich nicht. Sie sehen die Bedenken von Realisten und Vernunftbegabten wohl als reines Kommunikationsproblem an. *Man muss es denen nur auf jeder Seite dreimal sagen, dann begreifen sie's irgendwann. Es passen doch noch hunderte von Millionen rein, ihr Dumms* – nach dem Motto ist das gestrickt.

Konsequenterweise sollen die Medien gemäßregelt werden, wenn sie nicht konform gehen, z.B. durch Entzug der "öffentlichen Finanzierung". Unerwünschte Äußerungen sollen angezeigt und geahndet werden. Die Medien sind quasi verpflichtet, migrationsfreundlich zu schreiben.

⁹ <https://www.spd.de/aktuelles/migrationspakt/migrationspakt/> - (SPD 2018): Schränkt der Pakt die Meinungsfreiheit ein? Nein. Die Regierungen sprechen sich im Pakt für eine auf nachweisbaren Fakten beruhende öffentliche Debatte und die volle Achtung der Medienfreiheit aus. Rassismus und der Diskriminierung von Migranten soll allerdings klar entgegengetreten werden.

Man stelle sich das Gegenteil vor, die Medien würden zu migrationskritischer Schreibe verpflichtet. Was dann wohl los wäre?

An dieser Vorstellung sieht man die enorme Schiefelage auch bei den Mainstreammedien. Bei denen sind migrationsfreundliche Pflichten ohne groß Mucksen durchzudrücken, das Gegenteil aber ganz gewiss nicht.

Unterm Strich möchte man fragen, *was ist das für eine Art, mit dem Souverän umzuspringen?* Ihn überrumpeln, seine Rechte hinterrücks aushebeln, ihn bevormunden und enterben. Welche Überheblichkeit steckt doch in solchen Aussagen wie: *Wir werden über den UN Compact for Migration berichten, wenn er unterschrieben ist.*

Eine Diskussion im Vorfeld war anscheinend nicht geplant, nicht über die Alternativen, nicht über die Auswirkungen von so einer grundlegenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Dabei dürfte ein Jahrhundert-Projekt mit so gravierenden Auswirkungen auf die Gesellschaft unseres Landes niemals ohne die Mitwirkung und die Zustimmung des Volks unterzeichnet werden. Die NZZ findet dazu die Worte: *Es ist der unselige ignorante Geist hinter dem Migrationspakt, der ihn politisch brisant macht.*¹⁰

¹⁰ <https://www.nzz.ch/meinung/der-falsch-verstandene-pakt-ld.1433451> - (Neue Züricher Zeitung 2.11.): Der Global Compact for Migration, der in den letzten zwei Jahren weit weg von den Augen der Öffentlichkeit in den diskreten Büros von Uno-Palästen und Aussenministerien ausgeheckt worden ist, erhält plötzlich doch noch ein wenig Aufmerksamkeit. ... Es ist der unselige ignorante Geist hinter dem Migrationspakt, der ihn politisch brisant macht.